

# POLITISCHE STUDIEN **428**

*Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen*

## Schwerpunktthema: **Die Bundestags- wahl 2009**

Mit Beiträgen von  
**Marko Bacht, Frank Brettschneider,  
Eckhard Jesse, Helmut Jung und  
Roland Sturm**

**Gerd Langguth**  
Politische Studien-Zeitgespräch zu  
Wahlen und politischer Kultur im  
vereinten Deutschland

**Peter Witterauf**  
Die ethischen Grundlagen der Sozialen  
Marktwirtschaft

**Christian Hacke**  
Energiesicherheit als Teil von vernetz-  
ter Sicherheit unter Berücksichtigung  
der maritimen Dimension



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

**Ratka, Edmund: Frankreichs Identität und die politische Integration Europas. Der späte Abschied vom Nationalstaat.** Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2009, 117 Seiten, € 19,00.

Der Untertitel macht neugierig – Frankreich, der Leuchtturm des von nationalen Traditionen genährten Souveränitäts- und Nationalstaatsdenkens, sollte in unseren Jahren umzudenken beginnen? Der Autor beruft sich dabei auf programmatische Bemerkungen von Staatspräsident Sarkozy, denen mittlerweile auch schon Taten gefolgt sind, verortet den Beginn des angedeuteten Umdenkens aber bereits in den letzten Jahren der Präsidentschaft von Jacques Chirac.

Als de Gaulle sich entschloss, die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ zu akzeptieren, da entwarf er doch fast gleichzeitig ein paralleles Projekt, das unter dem Namen „Fouchet-Plan“ bis 1962 die Außenministerien beschäftigte und das von der fortbestehenden Souveränität der Partnerstaaten ausging, ohne Konzessionen an die in der EWG angelegte Supranationalität. Denn de Gaulle stand in der Tradition, dass in Frankreich Nation und Staat eine Einheit seien, ein Element ohne das andere undenkbar. Ein plastisches Beispiel, noch aus dem Mittelalter: Jeanne d'Arc hat die französische Nation von der Fremdherrschaft der Engländer dadurch befreit, dass sie dem angestammten König aus dem Hause Valois den Weg zur Krönung nach Reims frei machte.

Dieses Denken ist nun in unserer Zeit keinesfalls von Anfang an integrationsfeindlich. Denn was für Frankreich gut ist, das ist auch für Europa gut –

nicht im vordergründigen Sinne nationaler Akkumulation von Macht, sondern, weil die „Große Revolution“ universale Werte ins politische Leben eingeführt hat, zu denen sich Europa mittlerweile als identitätsstiftend bekennt. Frankreich ist der Bannerträger dieser Werte, und es achtet darauf, dass sie beim Aufbau des integrierten Europas sozusagen in dessen Grundmauern eingelassen werden. Die separate Nation – denn jede Nation ist per definitionem eine separate Einheit – transzendiert sich, indem sie universelle Werte vertritt.

Der Autor nennt das daraus folgende französische Verhalten leicht kakophon, aber verständlich, „pro-aktiven Universalismus“. Sein schmaler Band hat also das Verdienst, die ideologisierende Denkweise unseres nach wie vor wichtigsten EU-Partners einem deutschen Publikum eindringlich zu präsentieren. Das ist desto notwendiger, als die Deutschen auch in den hohen Zeiten ihres nationalen Selbstbewusstseins eine vergleichbare Formel, die allen Nationen zuzumuten ist, nicht gefunden haben. Die deutsche Propaganda etwa im Ersten Weltkrieg hat darunter besonders gelitten. Denn was bedeutet das berüchtigte wilhelminische „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ anderes, als dass die Welt am besten dran wäre, wenn alle so denken und fühlen würden wie die Deutschen? Nicht so der französische Ansatz: Die Revolution hat Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit propagiert, Werte, nach denen die Europäer leben sollten, die sie aber nicht verpflichten, zu Franzosen zu werden. Etwas Universales wird nicht dadurch zu etwas Nationalem, dass es von einer Nation zuerst verkündet worden ist.

Ist das zu spitzfindig? Die französische Elite würde sich selber aufgeben, wenn sie auf die Gleichsetzung von Nation und universalen Werten verzichten würde. Anders steht es aber mit der Gleichsetzung von Nation und Staat. Der Autor meint, in französischen Äußerungen der letzten Zeit die Bereitschaft erkannt zu haben, Nation und Staat voneinander abzukoppeln. Dann wäre es nicht mehr, um im historischen Vergleich zu sprechen, für die Freiheit der Nation entscheidend, dass der legitime König in Reims gekrönt wird, sondern der Hinauswurf der Engländer würde dafür genügen. Der Rezensent meint allerdings, dass diese Abkoppelung zwar als Gedankenexperiment tauglich sein mag, aber nicht für die Praxis, denn die universalen Werte, die im Schoße der französischen Nation ruhen, fordern ihre Durchsetzung im politischen Leben und dafür ist der Staat der gegebene Akteur. Es sei denn, das integrierte Europa hat sich entscheidend über seinen gegenwärtigen „Staatenverbund“ hinaus entwickelt, so dass es als neuartiger Super-Staat die universalen Werte seinerseits garantieren kann. Solange das nicht der Fall ist, sind alle, die an einer weiteren Integration Europas interessiert sind, allerdings dankbar dafür, dass für Sarkozy Souveränitäts-Verzicht kein Tabu mehr zu sein scheint. Er experimentiert allerdings, darin dem Denken, das hinter de Gaulles „Fouchet-Plan“ gestanden hatte, durchaus nahe, mit Strukturen jenseits der europäischen Institutionen wie zum Beispiel mit der von ihm einseitig ausgerufenen „Union des Mittelmeers“, wo er nachträglich erst wieder ins EU-Boot geholt werden musste, wodurch diese zur „Union für das Mittel-

meer“ mutierte, also zu einer Organisation nicht nur für die Anrainer.

*Bernd Rill*

**Mangott, Gerhard: Der russische Phoenix. Das Erbe aus der Asche.** Wien: Verlag Kremayr & Scheriau, 2009, 224 Seiten, € 19,90.

In seinem neuesten Buch widmet sich der in Innsbruck lehrende Politologe Gerhard Mangott dem Niedergang und Wiederaufstieg Russlands nach dem Ende des Kalten Krieges. Es geht ihm dabei darum, die „großen Linien der Entwicklung Russlands seit 1991 nachzuzeichnen“ (S. 9). Dabei fasst er einen breiten thematischen Bogen, der von zentralen Fragen der inneren Entwicklung Russlands – Verfassung, Eliten, Wirtschafts- und Sozialpolitik – bis hin zu außen- und sicherheitspolitischen Problemen reicht.

Gerhard Mangott beginnt mit der Ära Jelzin, die er weitgehend als Phase des Niedergangs und der verpassten Chancen beschreibt. Dabei kratzt er am Mythos des überzeugten Demokraten Jelzin, den er vielmehr als „machtorientierten Strategen“ (S. 18) zeichnet. Dass das politische System Russlands in den 1990er-Jahren dennoch pluralistischer und freier war als unter seinem Nachfolger Putin, schreibt Mangott daher weniger Jelzin zu als vielmehr dem Vorhandensein wichtiger Checks-and-Balances-Elemente: der Existenz starker regionaler Eliten und mächtiger Unternehmer, einer lebendigen Medienlandschaft und dem Fehlen einer Staatspartei.